



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss
 Décision
 Decisione

26. Sep. 1983

1674

Rahmenabkommen mit der Bundesrepublik
 Deutschland und Frankreich über gegen-
 seitige Hilfeleistung bei Katastrophen
 und schweren Unglücksfällen

Aufgrund des Antrages des EDA vom 30. August 1983
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens

wird beschlossen:

1. Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten
 (Direktion für Völkerrecht) wird beauftragt, getrennte
 Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland und
 mit Frankreich zum Abschluss von Abkommen über gegen-
 seitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren
 Unglücksfällen zu führen.

2. Die Verhandlungsdelegation setzt sich wie folgt zusammen :

Botschafter E. Diez, Leiter der Direktion für
 Völkerrecht, Delegationsleiter

Protokollauszug mit
 X ohne / 2 mit Entwurf

N.Y.	X.F.	Dep.	Ans.	Allen
X		EDA	7/8	-
	X	VCR	6	-
	X	E.F.D.	7	-
	X	E.V.D.	7	-
	X	E.V.D.	7	-
	X	E.V.D.	7	-
	X	SE	7	-
	X	SPC	7	-
	X	Sp. Dir.	7	-

./.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

B. Dubois, Sektionschef, Direktion für Völkerrecht

O. Burkhardt, Sektionschef, Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

H. Heinzmann, Vizedirektor, Bundesamt für Zivilschutz

Der Delegationsleiter wird ermächtigt, Sachverständige, auch solche von interessierten Kantonen, beizuziehen.

- Die vorstehenden Ausführungen gelten als Verhandlungsinstruktionen.
- Der Delegationsleiter wird ermächtigt, die Abkommen unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
- Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die entsprechenden Vollmachten auszustellen.

Keine Veröffentlichung

Für getreuen Auszug
der Protokollführer :

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z. V.	z. K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	12	-
	X	EDI	5	-
	X	EJPD	9	-
	X	EMD	4	-
	X	EFD	9	-
		EVD		
	X	EVED	9	-
	X	BK	1	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

s.o.652.152. - SZP/jn

3003 Bern, den 30. August 1983

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Rahmenabkommen mit der Bundesrepublik
 Deutschland und Frankreich über gegen-
 seitige Hilfeleistung bei Katastrophen
 und schweren Unglücksfällen

I. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich haben, fast gleichzeitig, der Schweiz Vorschläge für den Abschluss bilateraler Rahmenabkommen über gegenseitige Hilfe bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen unterbreitet. Die inhaltlich aufeinander abgestimmten Abkommensentwürfe entsprechen einem Vertrag, den die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich unter sich im Jahr 1977 abgeschlossen hatten. Beide Staaten beabsichtigen, nach diesem Modell weitere Abkommen mit ihren anderen Nachbarstaaten abzuschliessen. Die Idee der Errichtung eines Netzes solcher Abmachungen ist auch im Rahmen des Europarats aufgegriffen worden, so in einer Anfrage von Frau Nationalrat Girard-Montet, der Leiterin der schweizerischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung, und in einer Resolution der Europäischen Konferenz der Gemeinden und Regionen, welche damit eine Empfehlung zum Abschluss regionaler Katastrophenhilfeabkommen mit Formulierungsvorschlägen verabschiedete.

Von der Schweiz aus ist ebenfalls verschiedentlich Interesse an vertraglich abgestützter grenzüberschreitender Zusammenarbeit bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen geäußert

worden, namentlich seitens der Delegierten der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft in der Deutsch-französisch-schweizerischen Regierungskommission für nachbarschaftliche Fragen und seitens der Delegierten des Kantons Genf in der Gemischten Regierungskommission für Fragen der Nachbarschaft zwischen dem Kanton Genf und den Departementen Ain und Hochsavoyen. Bereits in den 60er Jahren hatte die Schweiz mit Frankreich Verhandlungen für ein entsprechendes Rahmenabkommen aufgenommen, die dann aber wegen dem damaligen französischen Desinteresse im Sand verliefen. Heute bestehen einige punktuelle Abmachungen über Katastrophen- und Unfallhilfe entlang unserer Grenze mit der Bundesrepublik und Frankreich, und zwar im Bereich des Gewässerschutzes, des radiologischen Notfallschutzes und der Evakuierung Verletzter mit Hubschraubern. Sie stehen in keinem Widerspruch zum anvisierten Rahmenabkommen; dieses bezweckt unter anderem gerade die Erleichterung weiterer punktueller Abmachungen der genannten Art.

- II. In der Schweiz verfügen sowohl der Bund als auch die Kantone über Mittel für grenzüberschreitende Hilfeleistung. Beim Bund ist es das dem Departement für auswärtige Angelegenheiten unterstellte Schweizerische Katastrophenhilfskorps, welches vor allem im europäischen und näheren Ueberseeraum eingesetzt werden kann. Die Kantone haben die Möglichkeit, allenfalls Zivilschutzformationen in benachbarten Grenzregionen einzusetzen. Schliesslich kommen auch lokale Organisationen wie Orts- und Industriefeuerwehren oder private Träger wie Samaritervereine in Betracht, soweit sie nicht ohnehin dem Zivilschutz angegliedert sind.
- Die Vernehmlassung der betroffenen Bundesbehörden und der in Betracht kommenden Grenzkantone hat bei grundsätzlichem Interesse an bilateralen Regelungen der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe ergeben, dass der deutsche und französische Verhandlungsvorschlag im Licht der beschriebenen schweizerischen Kompetenzverhältnisse Anpassungen erfordert. Anzustreben ist die grundsätzliche Aufteilung der Einsatzbereiche in einen

weiter entfernt liegenden, der der Hilfeleistung durch den Bund vorbehalten ist, und einen grenznahen, der kantonaler oder allenfalls kommunaler Hilfeleistung offensteht. Da der Bund die Kantone nicht zu Hilfseinsätzen im Ausland verpflichten kann, soll die Hilfeleistung ausdrücklich auf freiwilliger Basis und - was die Ausmarchung innerhalb der Schweiz betrifft - auf Kosten und Risiko des jeweiligen Trägers erfolgen.

III. Der aufgrund von Konsultationen innerhalb der Bundesverwaltung und der Vernehmlassung der an Frankreich und Deutschland angrenzenden Kantone ausgearbeitete schweizerische Gegenentwurf hat folgenden Inhalt:

Die Präambel beschreibt als Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und dabei die notwendigen Personal- und Materialverschiebungen zu beschleunigen.

Artikel 1 charakterisiert das Vertragswerk als Rahmenabkommen über die Bedingungen, unter denen im einen Vertragsstaat Hilfseinsätze mit Mannschaften und Material aus dem anderen Vertragsstaat stattfinden. Die Hilfe soll auf Ersuchen hin freiwillig geleistet werden können, d.h. es wird keine völkerrechtliche Verpflichtung zur Hilfeleistung verankert.

Artikel 2 enthält die Definitionen einiger Schlüsselbegriffe. Auf Definitionen der Begriffe "Katastrophe" und "schwerer Unglücksfall" kann verzichtet werden, da die einen Hilfseinsatz auslösenden Elemente mit dem Vorliegen eines Hilfeersuchens und dessen Annahme seitens der in Artikel 4 bezeichneten Behörden klar gegeben sind.

Artikel 3 stipuliert, dass die Modalitäten jedes Hilfseinsatzes zuvor abzusprechen sind.

Artikel 4 nennt die für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden.

Artikel 5 zählt die von den Hilfsmannschaften erwarteten Fähigkeiten und die in Betracht kommenden Operationsweisen - zu Land, zu Wasser und aus der Luft - auf.

Artikel 6 und 7 sehen eine sehr vereinfachte Grenzabfertigung von Personal und Material vor, wie sie für speditiv Hilfeleistung unerlässlich ist. Der Grenzübertritt kann notfalls auch ausserhalb zugelassener Grenzübergangsstellen erfolgen.

Artikel 8 enthält Bestimmungen für den Einsatz von Luftfahrzeugen, die denjenigen von Artikel 6 und 7 analog gefasst sind, aber dabei den Besonderheiten dieses Einsatzmittels Rechnung tragen.

Artikel 9 regelt die Fragen der Koordination und Weisungsbefugnisse während Hilfseinsätzen, damit das Zusammenwirken von Mannschaften aus beiden Vertragsstaaten möglichst reibungslos geschehen kann. Während die Oberaufsicht bei den ersuchenden Behörden liegt, sollen Einzelinstruktionen an die ersuchten Helfer nur von deren Leitern gegeben werden.

Nach Artikel 10 trägt die ersuchte Behörde selbst die Kosten für einen Einsatz der von ihr entsandten Mannschaften, wobei diese von der ersuchenden Behörde am Einsatzort kostenfrei gepflegt, untergebracht und medizinisch betreut werden. Die ersuchte Behörde hat aber vorrangig Anspruch auf Entschädigungen, die im Rahmen einer gesamten Hilfsoperation ausbezahlt werden. Diese Lösung steht im Einklang mit dem Prinzip der Freiwilligkeit der Hilfeleistung und ist heute im europäischen Raum weit verbreitet.

Artikel 11 trifft eine Regelung der Schadenersatzpflicht, nach welcher jede Seite grundsätzlich keine Ansprüche an die andere

Kompetenzverhältnisse Anpassungen erfordert. Anzustreben ist die grundsätzliche Aufteilung der Einsatzbereiche in einen

stellt, ausgenommen für vorsätzlich oder grobfahrlässig verursachte Schäden. Die Regelung ist von den gleichen Ueberlegungen inspiriert, wie diejenige von Artikel 10 über die Kostenaufteilung.

Artikel 12 regelt die Frage der Fürsorge für Helfer oder Evakuierte, die im Rahmen eines Hilfseinsatzes in den anderen Vertragsstaat gelangt sind und einstweilen nicht in den Herkunftsstaat zurückkehren können. Die Fürsorge soll bei Bedarf vom Aufenthaltsstaat gewährt und die Auslagen sollen vom Herkunftsstaat zurückerstattet werden. Der Herkunftsstaat hat auch für den Rücktransport aufzukommen.

Eine eigene Regelung drängt sich auf, weil die zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland sowie Frankreich in Kraft stehenden Fürsorgeabkommen nicht anwendbar sind, wenn sich Angehörige des einen Vertragsstaats zu Behandlungszwecken in den anderen Vertragsstaat begeben, wie das bei einem Teil der denkbaren Evakuierungsfälle anzunehmen ist; ferner weil Ausländer von den Abkommen nicht erfasst sind. Im übrigen ist eine Abkehr von den in den Fürsorgeabkommen festgelegten Grundsätzen und Mechanismen angesichts der besonderen Verhältnisse im Katastrophenfall gerechtfertigt: Der Auslandsaufenthalt dauert hier in der Regel nur sehr kurze Zeit, und es müssen keine Rücksichten auf eine Absicht des Verbleibens bzw. auf persönliche oder familiäre Bindungen des Unterstützten im Aufenthaltsstaat genommen werden. Daher fällt eine Option zwischen Fürsorge im Ausland oder Heimschaffung ausser Betracht, ebenso die damit zusammenhängende Frist von 30 Tagen, während welcher der Fürsorgestaat für die Fürsorgekosten aufzukommen hat.

Der Sonderfall der Fürsorge im Rahmen der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe wirft allerdings auch Probleme auf, die in der innerstaatlichen Fürsorgeordnung der Schweiz begründet sind. Das Fürsorgewesen wird von den Kantonen getragen; diese sind nicht gehalten, Unterstützungsleistungen ins Ausland zu erbringen.

Ebensowenig könnte sich ein Grenzkanton, der für seine Helfer oder Evakuierten Leistungen ins Ausland erbringt, an den Heimatkanton eines Unterstützten halten, wie es in bezug auf die in der Schweiz unterstützten Personen unter Umständen vorgesehen ist. Auf Schweizerbürger wäre auch das Bundesgesetz über die Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer in der kritischen Zeit, nämlich während den ersten drei Monaten, nicht anwendbar, weil der Fürsorgebedürftige noch nicht unter den Begriff des Auslandsschweizers gemäss Artikel 2 des Gesetzes fallen würde. Der einem Hilfseinsatz oder einer Evakuierung von Teilen seiner Bevölkerung zustimmende Kanton wird daher geeignete Vorkehrungen treffen müssen, um auf die Deckung allfälliger Fürsorgeleistungen im Ausland vorbereitet zu sein.

Artikel 13 erlaubt die Benützung von Funkmitteln über die Grenze oder innerhalb von Hilfsmannschaften im jeweils anderen Vertragsstaat. Die zu benützenden Frequenzen sind zuvor von den Fernmeldeverwaltungen der Vertragsstaaten grundsätzlich zuzuweisen.

Artikel 14 und 15 gewähren die Möglichkeit, Einzelvereinbarungen zu treffen und auch ausserhalb des Ernstfalles zusammenzuarbeiten damit eine möglichst gute Vorbereitung von Einsätzen erreicht und allenfalls Massnahmen zur Vorbeugung von Katastrophen getroffen werden können. Einsatzübungen werden sinngemäss den gleichen Regeln wie Einsätze im Ernstfall unterstellt.

Gemäss Artikel 16 sollen allfällige Streitigkeiten auf diplomatischem Weg beigelegt werden.

Artikel 17 und 18 enthalten die für solche Abkommen üblichen Bestimmungen über Kündigung (nach frühestens 5 Jahren, mit Anzeigefrist von 3 Monaten), Ratifikation und Inkrafttreten (nach 2 Monaten seit Austausch der Ratifikationsurkunden).

Berlinklausel: Die von deutscher Seite jeweils geforderte Berlin Klausel ist nicht in unserem Entwurf enthalten, da schweizerische Hilfseinsätze in Westberlin nicht in Betracht kommen. Es ist aber damit zu rechnen, dass die Verhandlungspartner auch hier auf der prinzipiellen Einfügung der Klausel beharren werden.

- IV. Von der Schweiz wird eine Antwort auf den deutschen und den französischen Verhandlungsvorschlag erwartet. Sie wird den vorgeschlagenen Abkommensentwürfen ihren eigenen Vorschlag gemäss obenstehenden Darlegungen entgegenstellen.

In der zu bestellenden Verhandlungsdelegation unter dem Vorsitz des Leiters der Direktion für Völkerrecht sollen auch die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sowie das Bundesamt für Zivilschutz vertreten sein. Der Delegationsleiter ist zu ermächtigen, nach Bedarf Sachverständige weiterer interessierter Bundesämter und von Kantonen beizuziehen.

- V. Die Bundesämter für Gesundheitswesen, Polizeiwesen, Ausländerfragen und Zivilschutz, die Eidgenössische Militärverwaltung, die Oberzolldirektion, das Generalsekretariat des EVED, das Bundesamt für Zivilluftfahrt und das Bundesamt für Energiewirtschaft sind begrüsst und ihre Bemerkungen berücksichtigt worden. Ebenso hat ein Vernehmlassungsverfahren mit den an die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich angrenzenden Kantonen stattgefunden.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



Pierre Aubert

Beilagen :

- 1 Protokollauszug
- 2 Abkommensentwürfe

- Zum Mitbericht an:
- Eidg. Departement des Innern
 - Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
 - Eidg. Militärdepartement
 - Eidg. Finanzdepartement
 - Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschafts-
departement

- Protokollauszug an:
- Bundeskanzlei, zum Vollzug
 - Eidg. Departement für auswärtige Ange-
legenheiten (Politische Direktion,
Direktion für Völkerrecht, Direktion
für Entwicklungszusammenarbeit und
humanitäre Hilfe), zum Vollzug
 - Eidg. Departement des Innern (Bundesamt
für Gesundheitswesen)
 - Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
(Bundesamt für Polizeiwesen, Bundesamt
für Ausländerfragen, Bundesamt für
Zivilschutz)
 - Eidg. Militärdepartement (Eidg. Militär-
verwaltung)
 - Eidg. Finanzdepartement (Oberzolldirektion)
 - Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschafts-
departement (Generalsekretariat, Bundesamt
für Zivilluftfahrt, Bundesamt für Energie-
wirtschaft)

Rahmenabkommen mit der Bundesrepublik
Deutschland und Frankreich über gegen-
seitige Hilfeleistung bei Katastrophen
und schweren Unglücksfällen

Aufgrund des Antrages des EDA vom 30. August 1983

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens

wird b e s c h l o s s e n :

1. Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (Direktion für Völkerrecht) wird beauftragt, getrennte Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland und mit Frankreich zum Abschluss von Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen zu führen.
2. Die Verhandlungsdelegation setzt sich wie folgt zusammen :
Botschafter E. Diez, Leiter der Direktion für Völkerrecht, Delegationsleiter

B. Dubois, Sektionschef, Direktion für Völkerrecht

O. Burkhardt, Sektionschef, Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

H. Heinzmann, Vizedirektor, Bundesamt für Zivilschutz

Der Delegationsleiter wird ermächtigt, Sachverständige, auch solche von interessierten Kantonen, beizuziehen.

3. Die vorstehenden Ausführungen gelten als Verhandlungsinstruktionen.
4. Der Delegationsleiter wird ermächtigt, die Abkommen unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
5. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die entsprechenden Vollmachten auszustellen.

Keine Veröffentlichung

Für getreuen Auszug
der Protokollführer :

s.o.652.152. - SZP/jn

Entwurf August 1983

Der Schweizerische Bundesrat

und

die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,

Überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die Entsendung von Hilfsmannschaften und -material zu beschleunigen,

A B K O M M E N

sind wie folgt übereingekommen zwischen

der Schweizerischen Eidgenossenschaft

und

der Bundesrepublik Deutschland

Dieses Abkommen enthält die Rahmenbedingungen für freiwillige Einsätze auf Ersuchen hin, bei denen Mannschaften und Material aus dem einen Vertragsstaat zwecks sofortiger Hilfeleistung über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Artikel 2

(Definitionen)

Im Sinn dieses Abkommens befehlen die Begriffe:

"Einsatzstaat" derjenige Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material aus dem andern ersuchen;

Der Schweizerische Bundesrat
und
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,

überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die Entsendung von Hilfsmannschaften und -material zu beschleunigen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
(Gegenstand)

Dieses Abkommen enthält die Rahmenbedingungen für freiwillige Einsätze auf Ersuchen hin, bei denen Mannschaften und Material aus dem einen Vertragsstaat zwecks sofortiger Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen in den anderen Vertragsstaat verbracht werden.

Artikel 2
(Definitionen)

Im Sinn dieses Abkommens bedeuten die Begriffe:

"Einsatzstaat" derjenige Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material aus dem andern ersuchen;

- "Entsendestaat" derjenige Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen des andern um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material stattgeben;
- "Ausrüstungsgegenstände" das Material, die Fahrzeuge und die persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften;
- "Hilfsmittel" die zusätzlichen Ausstattungen und Waren, die zur Abgabe an die betroffene Bevölkerung bestimmt sind;
- "Betriebsgüter" die Waren, die zur Benützung der Ausrüstungsgegenstände und zur Versorgung der Mannschaften erforderlich sind, wie insbesondere Treibstoffe und Lebensmittel.

Artikel 3

(Vorgängige Absprache)

Leistung, Art und Umfang der Hilfe werden von Fall zu Fall im gemeinsamen Einvernehmen zwischen den zuständigen Behörden abgesprochen.

Artikel 4

(Zuständigkeiten)

(1) Die für die Stellung und die Entgegennahme von Hilfsersuchen zuständigen Behörden sind:

- auf der Seite der schweizerischen Eidgenossenschaft:
Das Eidgenössische Departement für auswärtige An-
gelegenheiten und, im grenznahen Raum, die Regie-
rungen der Kantone;
- auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland:

.....

(2) Die in Absatz 1 genannten Behörden können untergeordnete Behörden zur Wahrnehmung ihrer Befugnisse ermächtigen.

(3) Die nach Absatz 1 und 2 zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten sind ermächtigt, direkt miteinander zu verkehren.

(4) Die beiden Vertragsstaaten geben einander auf diploma-
tischem Weg die Adressen und Telefon- und Telexnummern der in
den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden bekannt.

Artikel 5

(Einsatzarten)

(1) Die Hilfe wird durch die Entsendung solcher Hilfsmann-
schaften an den Ort der Katastrophe oder des schweren Unglücks-
falls geleistet, die insbesondere in den Bereichen Brandbe-
kämpfung, Bekämpfung von atomaren und chemischen Gefahren,
Sanitätshilfe, Rettung und Bergung oder behelfsmässige Instand-
setzung ausgebildet sind und die über das für ihre Aufgaben er-
forderliche Material und Spezialgerät verfügen.

(2) Die Hilfsmannschaften können auf dem Land-, Luft- oder
Wasserweg entsandt werden.

Artikel 6

(Grenzübertritt)

(1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind vom Passzwang und dem Erfordernis einer Aufenthaltsgenehmigung befreit. Es kann lediglich vom Leiter der Hilfsmannschaft ein seine Stellung bezeugender Ausweis verlangt werden.

(2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze auch ausserhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hierfür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Behörden oder der nächste Grenzposten unverzüglich davon zu unterrichten.

Artikel 7

(Ein- und Ausfuhr des Hilfsmaterials)

(1) Die Vertragsparteien erleichtern die Ein- und Ausfuhr der bei Hilfseinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter. Dieses Material gilt im Einsatzstaat als zur vorübergehenden Verwendung abgefertigt. Es werden keine Ein- oder Ausfuhrpapiere ausgestellt oder verlangt. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat lediglich beim Grenzübertritt den Grenzkontrollorganen des Einsatzstaates einen Sammelnachweis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter vorzulegen oder bei erster Gelegenheit zukommen zu lassen.

(2) Die Hilfsmannschaften dürfen ausser den bei Hilfseinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenständen, Hilfsmitteln und Betriebsgütern keine Waren mitführen.

(3) Die mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter sind, soweit sie bei einem Hilfseinsatz verbraucht oder unmittelbar danach wieder ausgeführt werden, von allen Eingangsabgaben befreit. Die Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter, die bei dem Hilfseinsatz nicht verbraucht wurden, sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Aufenthaltsort dieser Waren der für den jeweiligen Hilfseinsatz verantwortlichen Behörde des Einsatzstaates anzuzeigen, die die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt; in diesem Fall gilt das nationale Recht des Einsatzstaates.

(4) Für Waren, die nach den Absätzen 1 und 3 kontroll- und abgabenfrei sind, finden Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze keine Anwendung.

(5) Nach der Bestimmung von Absatz 4 richten sich namentlich die Einfuhr von Suchtstoffen/Betäubungsmitteln in den Einsatzstaat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den Entsendestaats im Rahmen dieses Abkommens. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinn der internationalen Suchtstoff/Betäubungsmittelübereinkommen. Suchtstoffe/Betäubungsmittel dürfen aber nur nach Massgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragsstaates der sie verwendenden Hilfsmannschaft eingesetzt werden.

Artikel 8

(Einsätze mit Luftfahrzeugen)

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 5 Absatz 2 dieses Abkommens, sondern auch unmittelbar für andere Arten von Hilfseinsätzen benutzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet, dass Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aus gemäss Absatz 1 eingesetzt werden, ihr Hoheitsgebiet überfliegen und auch ausserhalb von Zollflugplätzen und bewilligten Flugfeldern landen und abfliegen.

(3) Die Absicht, bei einem Hilfseinsatz Luftfahrzeuge zu verwenden, ist der ersuchenden Behörde unverzüglich mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Sinngemäss werden angewandt:

- a) auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften Artikel 6 dieses Abkommens;
- b) auf die Luftfahrzeuge und sonstige mitgeführte Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter Artikel 7 dieses Abkommens.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftrechtlichen Verkehrsvorschriften jedes Vertragsstaates anwendbar, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

Artikel 9

(Koordination und Gesamtleitung)

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmassnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des Einsatzstaates.

(2) Anweisungen an die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden ausschliesslich an ihre Leiter gerichtet, die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die nach Artikel 4 dieses Abkommens zuständigen Behörden des Einsatzstaates erläutern bei dem Hilfeersuchen die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften des Entsendestaates übertragen wollen, ohne auf Einzelheiten der Durchführung einzutreten.

(4) Die Behörden des Einsatzstaates leisten den Hilfsmannschaften des Entsendestaates Schutz und Hilfe.

Artikel 10

(Einsatzkosten)

(1) Die Kosten der Hilfeleistung durch Hilfsmannschaften des Entsendestaates, einschliesslich der Aufwendungen, die durch Verbrauch, Verlust und völlige oder teilweise Zerstörung des mitgeführten Materials entstehen, werden, unter Vorbehalt anderer Vereinbarungen, von der ersuchten Behörde des Entsendestaates getragen.

(2) Im Fall der teilweisen oder gänzlichen Wiedereinbringung der Kosten eines gesamten Hilfeinsatzes wird die ersuchte Behörde des Entsendestaates vorrangig aufgrund einer Pro-forma-Rechnung entschädigt. Dabei gelten als Einsatzkosten nur effektive Auslagen wie solche für Personalbetreuung, Material und Transport, nicht aber Löhne oder Entschädigungen für entgangene Verdienstmöglichkeiten.

(3) Die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden während der Dauer des Einsatzes im Einsatzstaat auf Kosten der ersuchenden Behörde verpflegt und untergebracht sowie mit Betriebsgütern versorgt, sofern die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall medizinische Hilfe.

Artikel 11
(Schadenersatz)

(1) Mit Ausnahme von Ansprüchen aus grobfahrlässiger oder absichtlicher Schadenzufügung verzichtet jede Vertragspartei - einschliesslich ihrer Gebietskörperschaften - auf alle Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei:

- a) wegen Verminderung von Vermögenswerten, wenn der Schaden von einem Helfer der anderen Vertragspartei bei der Erfüllung seines Auftrags verursacht worden ist;
- b) wegen gesundheitlicher Schädigung oder dem Tod eines Helfers im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrags.

(2) Wird durch einen Helfer des Entsendestaates bei der Erfüllung seines Auftrags im Hoheitsgebiet des Einsatzstaates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der Einsatzstaat für den Schaden nach Massgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Helfer verursachten Schadens Anwendung fänden.

(3) Die Behörden der Vertragsparteien arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadenersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadenfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 12

(Unterstützung und Wiederaufnahme
von Helfern und Evakuierten)

(1) Personen, die während eines Hilfseinsatzes als Helfer oder Evakuierte vom einen Vertragsstaat in den anderen gelangt sind und wegen Erkrankung, Unfallverletzung oder aus sonstigen Gründen nicht in den Vertragsstaat ihrer Herkunft zurückkehren können, werden im Bedarfsfall bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit vom Aufenthaltsstaat unterstützt. Der Herkunftsstaat erstattet die Unterstützungskosten gegen Abrechnung und übernimmt den Rücktransport.

(2) Der Grenzübertritt im Rahmen eines Hilfseinsatzes gemäss diesem Abkommen bedeutet kein Verlassen des Landes. Jede Vertragspartei ist somit verpflichtet, die als Helfer oder Evakuierte von ihrem Hoheitsgebiet auf dasjenige der anderen Vertragspartei gelangten Personen ungeachtet ihrer Nationalität wieder aufzunehmen, selbst wenn sie keinen offiziellen Identitätsausweis auf sich tragen. Soweit es sich um Ausländer handelt, bleiben sie dem gleichen Aufenthalts- und Niederlassungsstatut wie vor dem Grenzübertritt unterstellt.

Artikel 13

(Funkverbindungen)

(1) Die Möglichkeiten für die Benützung von grenzüberschreitenden Funkverbindungen zwischen den nach Artikel 4 dieses Abkommens zuständigen Behörden unter sich, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften oder zwischen den Hilfsmannschaften unter sich werden grundsätzlich durch die Fernmeldeverwaltungen der beiden Vertragsstaaten gemeinsam geprüft und in internen Richtlinien festgehalten.

(2) Als Fernmeldeverwaltungen im Sinn von Absatz 1 sind zuständig: - auf der Seite der Schweizerischen Eidgenossenschaft: die Abteilung Funkregal der Generaldirektion PTT,
- auf der Seite der Bundesrepublik Deutschland:
.....

(3) Die Frequenzen des Funkverkehrs gemäss Absatz 1 werden in Einzelvereinbarungen nach Artikel 14 dieses Abkommens und nach Massgabe der von den zuständigen Fernmeldeverwaltungen erlassenen Richtlinien festgelegt.

Artikel 14

(Einzelvereinbarungen)

(1) Die nach Artikel 4 dieses Abkommens zuständigen Behörden können nach Massgabe des innerstaatlichen Rechts zur Durchführung des Abkommens Einzelvereinbarungen abschliessen.

(2) Eine Einzelvereinbarung enthält insbesondere folgende, für die Durchführung der Einsätze wesentliche Angaben:

- a) Dienstbezeichnung und Aufgabenbereich der Person, bei der sich der Leiter der Hilfsmannschaft nach seinem Eintreffen am Einsatzort melden muss, sowie Bezeichnung, Anschrift und Telefonnummer der Dienststelle, der diese Person angehört;
- b) Art, Anzahl, Stärke, Ausrüstung und Standort der Einheiten, die auf Ersuchen zu einem Hilfseinsatz entsandt werden können;
- c) alle sonstigen Auskünfte und Bestimmungen, die geeignet sind, Hilfe zu beschleunigen und zu erleichtern.

Artikel 15

(Weitere Formen der Zusammenarbeit)

(1) Die nach Artikel 4 zuständigen Behörden beider Vertragsparteien können zusammenarbeiten, um die Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu fördern, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen, Forschungsprogramme, Fachkurse und Uebungen von Hilfseinsätzen auf dem Hoheitsgebiet beider Vertragsparteien vorsehen.

(2) Diese Zusammenarbeit soll in Einzelvereinbarungen gemäss Artikel 14 geregelt werden.

(3) Für gemeinsame Uebungen, bei denen Hilfsmannschaften des einen Vertragsstaates auf dem Hoheitsgebiet des anderen zum Einsatz kommen, gelten die Bestimmungen dieses Abkommens sinngemäss.

Artikel 16

(Beilegung von Streitigkeiten)

Alle Streitigkeiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die nach Artikel 4 des Abkommens zuständigen Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Wege beigelegt.

Artikel 17

(Kündigung)

Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag seines Inkrafttretens an gerechnet, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten gekündigt werden.

Artikel 18
(Inkrafttreten)

Die Vertragsparteien notifizieren sich gegenseitig die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Inkraftsetzung dieses Abkommens. Das Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten auf das Datum der späteren Notifikation folgenden Monats in Kraft.

Geschehen zu....., am.....

in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Schweizerische
Eidgenossenschaft:

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

b) Art, Anzahl, Stärke, Ausrüstung und Standort der Ein-
heiten, die auf Eruchen zu einem Hilfseinatz ent-

Artikel 17
(Kündigung)

c) alle sonstigen Angaben, die geeignet sind, den Einsatz

von Einheiten zu ermöglichen und zu erleichtern.

Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei nach Ablauf von
zwei Jahren, vom Tag seines Inkrafttretens an gerechnet, unter Ein-
haltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten gekündigt werden.

s.o.652.152. - SZP/jn

Projet août 1983

Le Conseil Fédéral Suisse

le Gouvernement de la République Française

convaincus de la nécessité d'une coopération entre les deux pays afin de faciliter l'assistance mutuelle en cas de catastrophes ou d'accident grave et d'accélérer l'envoi d'équipes et de matériel de secours

A C C O R D

sont convenus des dispositions suivantes:

entre

la Confédération Suisse

et

la République Française

Le présent Accord contient les conditions-cadre pour le déroulement d'opérations volontaires sur demande, au cours desquelles des équipes et du matériel d'une des Parties contractantes sont transférés sur le territoire de l'autre Partie contractante, dans un but d'assistance immédiate en cas de catastrophe

sur l'assistance mutuelle en cas de catastrophe ou d'accident grave

Article 2

(Définitions)

Aux termes du présent accord les mots suivants signifient:

"Etat d'engagement" l'Etat contractant dont les autorités compétentes sollicitent de l'autre Etat l'envoi d'équipes ou de matériel de secours;

Le Conseil Fédéral Suisse

et

le Gouvernement de la République Française

convaincus de la nécessité d'une coopération entre les deux pays afin de faciliter l'assistance mutuelle en cas de catastrophe ou d'accident grave et d'accélérer l'envoi d'équipes et de matériel de secours

sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier

(Objet)

Le présent Accord contient les conditions-cadre pour le déroulement d'opérations volontaires sur demande, au cours desquelles des équipes et du matériel d'une des Parties contractantes sont transférés sur le territoire de l'autre Partie contractante, dans un but d'assistance immédiate en cas de catastrophe ou d'accident grave.

Article 2

(Définitions)

Aux termes du présent accord les mots suivants signifient:

"Etat d'engagement" l'Etat contractant dont les autorités compétentes sollicitent de l'autre Etat l'envoi d'équipes ou de matériel de secours;

- "Etat d'envoi" l'Etat contractant dont les autorités compétentes donnent suite à une requête de l'autre Etat relative à l'envoi d'équipes ou de matériel de secours;
- "Equipement" le matériel, les véhicules et l'équipement personnel qui sont destinés aux équipes de secours;
- "Moyens auxiliaires" l'équipement et les biens auxiliaires qui sont destinés à être distribués à la population affectée;
- "Moyens de ravitaillement" les biens qui sont nécessaires pour l'utilisation de l'équipement et le ravitaillement des équipes de secours, comme notamment les carburants et la nourriture.

Article 3

(Entente préalable)

La réalisation, la nature et l'étendue de l'assistance seront fixées d'un commun accord entre les autorités compétentes, de cas en cas.

Article 4

(Compétences)

(1) Les autorités compétentes pour demander l'assistance et pour recevoir les demandes d'assistance sont:

- du côté de la Confédération suisse:

Le Département fédéral des affaires étrangères
et, dans la région frontalière, les Gouvernements
des cantons;

- du côté de la République française:

.....

(2) Les autorités mentionnées à l'alinéa 1 peuvent charger des autorités subalternes de l'exécution de leurs compétences.

(3) Les autorités des deux Etats contractants, compétentes selon les alinéas 1 et 2, sont habilitées à communiquer directement entre elles.

(4) Les deux Etats contractants se communiquent par la voie diplomatique les adresses et les numéros de téléphone et de télex des autorités compétentes selon les alinéas 1 et 2.

Article 5

(Modes d'engagements)

(1) L'assistance sera fournie par l'envoi au lieu de la catastrophe ou de l'accident grave d'équipes de secours qui ont reçu une formation spéciale notamment dans les domaines suivants: lutte contre les incendies, lutte contre les dangers nucléaires et chimiques, secourisme, sauvetage ou déblaiement et qui disposent du matériel spécialisé nécessaire à leurs tâches.

(2) Les équipes de secours peuvent être envoyées par la voie terrestre, aérienne et par voie d'eau.

Article 6

(Franchissement de la frontière)

(1) Les membres d'une équipe de secours sont libérés de l'obligation de passeport et de permis de résidence. Seul le chef de l'équipe peut être tenu de présenter un document attestant l'opération de secours.

(2) En cas d'extrême urgence, la frontière peut être franchie en dehors des points de passage autorisés et sans observation de la réglementation y relative. Dans ce cas les autorités compétentes pour la surveillance de la frontière ou le service douanier le plus proche doivent être immédiatement avisés.

Article 7(Importation et exportation
du matériel d'opération)

(1) Les Parties contractantes facilitent le passage de la frontière des équipements, des moyens auxiliaires et de ravitaillement nécessaires à l'opération de secours. Ce matériel est considéré sur le territoire de l'Etat d'engagement comme dédouané pour utilisation temporaire. Aucun document d'importation ou d'exportation ne sera demandé ou établi. Lors du franchissement de la frontière, le chef d'une équipe de secours doit présenter aux organes de contrôle de la frontière de l'Etat d'engagement, ou leur faire parvenir à la première occasion, uniquement une liste globale des équipements, moyens auxiliaires et de ravitaillement.

(2) Les équipes de secours ne doivent pas apporter des biens autres que les équipements, moyens auxiliaires et de ravitaillement nécessaires à la bonne réussite d'une opération de secours.

(3) Dans la mesure où les équipements, moyens auxiliaires et de ravitaillement ont été utilisés pendant une opération de secours ou réexportés immédiatement après l'opération, ils sont exemptés de tous droits et taxes à l'importation. Les équipements, moyens auxiliaires et de ravitaillement non utilisés doivent être réexportés. Lorsque la situation rend impossible une réexportation, l'espèce, la quantité et la situation de ces biens doivent être annoncées à l'autorité responsable de l'opération qui en informera le service douanier compétent; dans ce cas, le droit national de l'Etat d'engagement sera applicable.

(4) Pour les biens qui sont exemptés de droits et taxes selon les alinéas 1 et 3, aucune interdiction ou restriction concernant le trafic de biens à travers la frontière ne sera applicable.

(5) L'alinéa 4 règle notamment l'importation, dans le cadre du présent Accord, de stupéfiants sur le territoire de l'Etat d'engagement et la réexportation sur le territoire de l'Etat d'envoi de la quantité non-utilisée. Ce trafic de biens n'est pas considéré comme importation et exportation dans le sens des accords internationaux sur les stupéfiants. Les stupéfiants doivent être importés seulement dans le cadre des besoins médicaux urgents et utilisés uniquement par du personnel médical qualifié selon les normes légales de l'Etat contractant d'où provient l'équipe de secours chargée de les utiliser.

Article 8

(Opérations avec des aéronefs)

(1) Des aéronefs peuvent être utilisés non seulement pour le transport rapide d'équipes de secours selon l'article 5, alinéa 2, du présent Accord, mais aussi directement pour d'autres types d'intervention de secours.

(2) Chaque Partie contractante autorise les aéronefs engagés à partir du territoire de l'autre Partie contractante selon l'alinéa 1, à survoler son propre territoire, à atterrir et décoller, même en dehors d'aéroports douaniers ou de tout aéro-drome autorisé.

(3) L'intention d'utiliser des aéronefs lors d'une intervention doit être communiquée immédiatement à l'autorité requérante avec indication, aussi précise que possible, du type et de l'immatriculation de l'aéronef, de l'équipage de bord, de la charge, du temps de décollage, de la route prévue et du lieu d'atterrissage.

(4) Sont applicables par analogie:

- a) l'article 6 du présent Accord en ce qui concerne les équipages de bord et les équipes de secours transportées par aéronef;
- b) l'article 7 du présent Accord en ce qui concerne les aéronefs et les autres équipements, moyens auxiliaires et moyens de ravitaillement.

(5) En dehors de la réglementation spéciale prévue par l'alinéa 2, les dispositions de trafic aérien de chaque Partie contractante restent applicables, surtout l'obligation de communiquer aux autorités compétentes les données concernant les vols.

Article 9

(Coordination et direction globale)

(1) La coordination et la direction globale des interventions de secours et de sauvetage appartiennent dans tous les cas aux autorités de l'Etat d'engagement.

(2) Toute directive à l'adresse des équipes de secours de l'Etat d'envoi est fournie aux seuls chefs desdites équipes, qui donnent les instructions d'exécution aux forces qui leur sont subordonnées.

(3) Les autorités compétentes de l'Etat d'engagement selon l'article 4 du présent Accord précisent, au moment de la formulation d'une demande de secours, les tâches qu'elles entendent confier aux équipes de l'Etat d'envoi, sans entrer dans le détail de leur exécution.

(4) Les autorités de l'Etat d'engagement prêtent leur protection et assistance aux équipes de secours de l'Etat d'envoi.

Article 10

(Dépenses d'intervention)

(1) Les dépenses d'intervention encourues par les équipes de secours de l'Etat d'envoi, de même que celles résultant de l'utilisation, de la perte, détérioration ou destruction de leur matériel d'opération, sont supportées, sous réserve d'autres arrangements, par les autorités de l'Etat d'envoi.

(2) En cas de recouvrement partiel ou complet des dépenses de l'ensemble des interventions, les autorités de l'Etat d'envoi seront indemnisées en priorité sur la base d'une facture pro forma. Par dépenses d'intervention, il ne faut comprendre que les dépenses effectives comme celles concernant le personnel, le matériel ou le transport et non les salaires ou les indemnités pour pertes de gain.

(3) Pendant la durée d'une intervention sur le territoire de l'Etat d'engagement, les équipes de secours de l'Etat d'envoi seront alimentées, hébergées et pourvues de moyens de ravitaillement par les autorités requérantes, dans la mesure où les moyens apportés auront été consommés. En outre, ces équipes recevront toute aide médicale nécessaire.

Article 11

(Indemnisations)

(1) A l'exception de prétentions pour dommages causés par négligence grave ou intentionnellement, chaque Partie contractante renonce à formuler auprès de l'autre Partie - y compris ses collectivités territoriales - toute réclamation:

- a) en cas de diminution de la valeur de biens, si le dommage a été causé par un secouriste de l'autre Partie contractante dans l'accomplissement de ses tâches;
- b) en cas de préjudice à la santé ou de mort survenant à un secouriste dans l'accomplissement de ses tâches.

(2) Si, sur le territoire de l'Etat d'engagement, un membre d'une équipe de l'Etat d'envoi inflige un dommage à un tiers, l'Etat d'engagement est responsable de ce dommage selon les normes applicables aux dommages causés par les propres équipes de celui-ci.

(3) Les autorités des Parties contractantes coopèrent étroitement, afin de faciliter le règlement de prétentions pour indemnisation. Elles échangent notamment toute information disponible concernant les événements entraînant des dommages au sens du présent article.

Article 12

(Assistance et reprise des secouristes
et des personnes évacuées)

(1) Les personnes qui, au cours d'une opération de secours, au titre de secouristes ou de victimes, ont passé d'un Etat contractant dans l'autre pour cause de maladie, de blessure accidentelle ou pour toute autre raison, seront assistées par l'Etat de séjour en cas de besoin et jusqu'à la première possibilité de retour. L'Etat d'origine s'acquitte des dépenses occasionnées par l'assistance contre décompte et se charge du rapatriement.

(2) Le passage de la frontière dans le cadre d'une opération de secours selon le présent Accord ne constitue pas une sortie du pays. Chaque Partie contractante est obligée de reprendre, sans égard à leur nationalité, les personnes, secouristes ou évacuées, transférées de son territoire sur celui de l'autre Partie contractante, même si elles ne sont pas en possession d'un document officiel d'identité. S'il s'agit d'étrangers, ils restent soumis au même statut de séjour et d'établissement qu'avant le passage de la frontière.

Article 13

(Transmissions radiophoniques)

(1) Les possibilités d'utilisation de liaisons radiophoniques transfrontalières entre les autorités compétentes selon l'article 4 du présent Accord, entre ces autorités et les équipes de secours envoyées par elles ou entre les équipes elles-mêmes seront examinées d'une manière générale par les autorités des télécommunications des deux Etats contractants qui émettront des directives à ce sujet.

(2) Les autorités des télécommunications compétentes selon l'alinéa premier sont:

- du côté de la Confédération suisse:
la Division de la régle des radiocommunications
- du côté de la République française:
.....

(3) Les fréquences des liaisons selon l'alinéa premier seront fixées dans des arrangements particuliers selon l'article 14 du présent Accord et dans les limites des directives émises par les autorités des télécommunications compétentes.

Article 14

(Arrangements particuliers)

(1) Dans les limites de leur droit national respectif, les autorités compétentes selon l'article 4 du présent Accord peuvent conclure des arrangements particuliers nécessaires à l'exécution du présent Accord.

(2) Un arrangement particulier contiendra notamment les renseignements ci-après, essentiels pour l'exécution des missions:

- a) appellation de service et sphère d'activité de la personne auprès de laquelle le chef de l'équipe de secours doit se présenter à son arrivée au lieu d'affectation, ainsi que l'appellation, l'adresse et le numéro de téléphone du service auquel cette personne appartient;

- b) nature, nombre, effectif, équipement et lieu de stationnement des unités qui peuvent être envoyées en mission de secours sur demande;
- c) tout autre renseignement ou disposition propre à accélérer et faciliter les secours.

Article 15

(Autres formes de coopération)

(1) Les autorités compétentes des deux Parties contractantes au sens de l'article 4 peuvent coopérer à faciliter la prévention de catastrophes ou d'accidents graves et à les combattre, en échangeant toutes les informations utiles de caractère scientifique et technique et en prévoyant des réunions, des programmes de recherche, des cours techniques et des exercices d'opération de secours sur le territoire de chacune des Parties contractantes.

(2) Cette coopération fera l'objet d'arrangements particuliers selon l'article 14 du présent Accord.

(3) Les dispositions du présent Accord sont applicables par analogie aux exercices communs, au cours desquels des équipes de secours de l'un des Etats contractants sont engagées sur le territoire de l'autre Etat.

Article 16

(Règlement des différends)

Tout différend sur l'application du présent Accord qui ne peut pas être réglé par les autorités compétentes selon son article 4 sera traité par la voie diplomatique.

